

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Bahnhöfe die Hälfte.

Nr. 19.

Köln, den 11. Mai 1906.

VII. Jahrgang.

Wirtschaftsleben und Kartelle.

Alle Bestrebungen, auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses materielle Vorteile zu erringen, verstoßen gegen das Prinzip der „freien Wirtschaft“, verkündeten das Gegenteil des extremen wirtschaftlichen Liberalismus. Und doch liegen sich derartige Bestrebungen nicht hinterhand. Unter diesen aber sind die genossenschaftlichen Vereinigungen der Produzenten von geradezu revolutionärer umwälzender Wirkung geworden.

Es hat auch die Kartellierung der Produktion das von den Volkswirtschaftlern vertretene Freihandelsystem durchdrungen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das Kartell einen Fortschritt darstellt. Dieser Fortschritt äußert sich nach der technischen und ökonomischen Seite der Wirtschaft. Allerdings zeigen sich auch Schattenseiten der Kartelle. Das findet man besonders dort, wo einzelne leitende Personen das Kartell zum Mittel ihrer „Füße“ machen, oder wo das hinter den Kartell stehende Kapital die Kartellierung und die Kartellierung beeinflusst. In beiden Fällen wird der Kartellzweck verfehlt. Man denkt nicht mehr daran, die Unternehmer zusammenzuführen. Haben die Unternehmer sich endlich mit der Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Freiheit abgefunden, so liegt die Gefahr sehr nahe, daß das Kartell nur noch als melkende Kuh betrachtet wird. Das Kartell ist ja im Allgemeinen für die Kartell-Industrie und die angeschlossenen Unternehmer günstiger Wirkung geworden. Dieses trifft besonders für die schwere Industrie zu. Es gibt aber vor allem in der weiterverarbeitenden Industrie noch manche Unternehmer, die dem Kartell nicht anschließen wollen. Die Gründe sind vielfach egoistischer Natur.

Gegen diese Außenstehenden (outsiders) gebraucht man verschiedene Zwangsmaßnahmen, damit auch sie dem Kartell beitreten. Ein Mittel ist, daß das Kartell im Kartellgebiet das Nichtkartellierte billiger verkauft als dieser. Ein zweites Mittel ist, daß das Kartell das Kartellgebiet dem Außenstehenden keine Ware, oder nur zu erhöhten Preisen abgeben darf. Der Abnehmer (Gegner) ist verpflichtet, nicht von den outsiders zu kaufen.

Die Mittel, welche hier das Kartell anwendet, sind von durchschlagender Wirkung. Nur kapitalträchtige Unternehmungen in günstiger Lage können diesen Kampf ausstehen. Es wäre jedoch verfehlt, über die Kartellpraxis nach dieser Seite so ohne weiteres den Stab zu brechen.

Für die weiterverarbeitenden Industrien ist die Kartellierung schon mit Schwierigkeiten verbunden. Diese Schwierigkeiten steigern sich mit der Höhenstufe der Produkte. Die deutsche Produktion ist ja gezwungen zu exportieren und auf dem Weltmarkt mit den ausländischen Produzenten zu konkurrieren. Nun muß unsere Industrie, vor allem die Holzindustrie und der Halbfabrikate, auch in den Preisen konkurrenzfähig sein. Es gibt ausländische Industrien, die unter günstigeren Bedingungen produzieren, als die unsrigen. Sie bieten die Waren zu niedrigeren Preisen an. Um die Preise zu erhalten, muß dann unsere Produktion noch billiger anbieten; der ewige Kreislauf des Wettbewerbs.

So es dann, daß die Kartelle im Auslande sehr billig anbieten. Im Inlande sind die Preise dagegen hoch. Das ist besonders schädlich für die Weiterverarbeiter. Der ausländische Weiterverarbeiter erhält das Roh- oder Halbfzeug billiger als der inländische. Er kann daher auch das Fertigprodukt billiger anbieten als dieser, dem die Konkurrenz dadurch verloren geht. Zwar gewähren unsere großen Rohstoffkartelle eine Ausfuhrvergütung denjenigen Kartellmitgliedern, die exportieren, um sie in etwa für den hohen Inlandspreis zu entschädigen. Die Nichtkartellierten gehen aber in der Regel aus. Bei den „kontrafaktischen Verhandlungen über die Ausfuhrvergütung“ hat man vorgeschlagen, diese Ausfuhrvergütung allen exportierenden Weiterverarbeitern zu gewähren.

Von besonderer Tragweite ist der Einfluß der Kartelle auf den Handel. In früherer Zeit war der Handel ein Faktor, der die Produktion dirigierte. Heute ist die Produktion umgekehrt, und das zu Recht. Während der Handel sich seine produzierenden Lieferanten aussuchen konnte, wird der Warentransport unter seiner Leitung geschah und alle Zwecke Abfahrs und Verteilung der Ware mit dem Preis zu seinem Ermeßsen anheimfiel, ist das heute nicht mehr so. Das Kohlenkartell ist da das beste Beispiel. Nur wer sich zur Abnahme eines bestimmten Quantums auf längere Zeit verpflichtet, kann mit dem Kartell direkt Geschäfte machen. Das ist der Großhandel.

Der Großhandel, dem nicht viele angehören, darf nur durch und vom Syndikat beziehen. Falls er mittel- oder unmittelbar Waren kauft und vertreibt von Werken, die das Syndikat unter Ausnahme gestellt hat, so muß der Händler für sämtliche Bezüge vom Syndikat einen höheren Preis zahlen. Der Händler ist nur mehr der Agent des

Kohlenkartells, welches bestrebt ist, unter seiner Leitung die Händler zusammenzuschließen und nachher sich zu verpflichten. Das Kohlenkartell hat auch den Kohlentransport auf dem Rheine in die Hand genommen. Mit verschiedenen Rechenreedereien gründete es zusammen die Rhein. Kohlenhandels- und Reederei-Gesellschaft, das sogenannte Kohlenkontor. Früher lag der Transport noch in den Händen des Handels und der einzelnen Rechen, die mit den Privatschiffen in Verbindung standen. Das Kohlenkontor besitzt einen eignen, ansehnlichen Schiffsparc mit Dampfer und Schleppkähnen, Lagerplätze in Duisburg, Ruhrort, Düsseldorf, Mannheim und steigert gemäß der Entfernung den Preis der Kohle etc. Früher wurde diese Preiserhöhung zwischen dem Schiffer und dem Händler geteilt. Wo das Syndikat Lagerplätze hat, da ist's mit der Freiheit des Handels aus. Überall dort, wo die Kartelle noch nicht festere Form angenommen haben, ist auch die Abhängigkeit des Handels noch nicht so stark fortgeschritten. Die Händler werden auch aufmerksam und schließen sich zusammen, um Front gegen die Kartelle zu machen. Doch ist da nicht viel zu wollen. In den meisten Fällen kommt es zu einer Verständigung zwischen Kartell und Ring. Produzenten und Händler beschließen den ausschließlichen Verkehr.

Bei diesen Vorgängen gerät besonders der Kleinhandel unter die Räder. Einer nach dem andern geht unter. Die Wirkung der Kartelle auf den Kleinhandel ist in sozialer Beziehung aufreißend und verderblich. Im Allgemeinen ist aber die Beschränkung des Warenverkehrs auf Wenige eine Vereinfachung der Wirtschaftstechnik. Auch der Untergang der kleinen Händler würde weniger schmerzhaft wirken, wenn diese Leute sich ebenfalls zusammenschließen würden. Auf den Konsum haben die Kartelle im Allgemeinen nicht gerade schädlich gewirkt. Wenn man aber bedenkt, daß die Produktionsbedingungen weit günstiger sind als früher, so könnte man allerdings verlangen, daß die Preise fallen würden. Doch daran ist nicht zu denken. Ein Hauptgrund liegt in den im Anfange angeführten Tatsachen. Hoffentlich lassen sich aber Mittel und Wege finden, durch welche die Schattenseiten der Kartelle verschwinden.

Tätigkeitsbericht des Sekretariats München

(von November 1905 bis April 1906).

Schon bei Errichtung des Sekretariats war es vorauszu- sehen, daß die Tätigkeit des Sekretariats sich hauptsächlich auf dem Lande bzw. in den Provinzialstädten abwickeln würde. Diese Tatsache war aus dem ersten Bericht zu ersehen und findet auch jetzt vollkommene Bestätigung. Bei der Ausdehnung des Wirkungsbereichs gestaltete sich die Förderung des Verbandes oftmals umständlich und erforderte manchen Zeitverlust. Im allgemeinen gab es an vielseitiger Inanspruchnahme keinen Mangel, was auf ein fröhlich pulsierendes Leben innerhalb des Bezirkes, sowie der Zahlstellen schließen läßt. Neben der Tätigkeit im Bezirke mußte der Sekretär aus Anlaß von Konferenzen zweimal nach dem Norden, wobei die Zeit auch zur Abhaltung von Versammlungen im dortigen Gebiet benützt wurde. Zwecks Besprechung des Standes der Zahlstellen und unserer künftigen Aufgaben, fanden in den 3 Unterbezirken Konferenzen statt, bei denen auch der Sekretär zugegen war. Das Hauptgewicht der Konferenzen wurde auf die Besprechung der Wege und Mittel zur

Verbreitung unseres Verbandes

gelegt. Mehr als auf Neugründungen wurde in der Berichtszeit auf die Stärkung der bestehenden Zahlstellen hingearbeitet, nicht ohne Erfolg. In den zahlreichen Versammlungen, die in den Zahlstellen abgehalten wurden, sind Neuaufnahmen gemacht worden. Oft kam es dabei zu einem Zusammenstoß mit den Gegnern, namentlich im schwäbischen Oberland, was aber für uns niemals nachteilige Folgen hatte. Mehr als mit diesen Gegnern haben wir es noch mit der Laune und Menschenfurcht der indifferenten Kollegen zu tun, doch ist auch in dieser Beziehung eine Besserung unverkennbar. Welche Schwierigkeiten uns seitens der Arbeitgeber bereitet werden, zeigen folgende Beispiele. Nach einer Versammlung in Bam hat der bekannte „Koalitionsfreund“ Hoffberg in seinem Betrieb ein Plakat aufgehängt, wonach die Arbeiter vor die Frage gestellt wurden, entweder aus dem Verband oder aus der Fabrik. In Deggendorf wurde, als unsere Versammlung dem Fabrikanten Bollmuth zu Ohren gelangte, in seiner Fabrik die Arbeiter gewarnt, dem Verbandsbeitritt zu verweigern, da sonst jeder ohne Rücksicht die Entlassung zu gewärtigen hat. Wer die Abhängigkeit dieser Arbeiter kennt, weiß auch, daß diese Mittel leider verfangen, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Was durch eine solche Rechtslosmachung an Verbitterung erzeugt wird, daß sie ihnen die „Herrn im Hause“ jedenfalls nicht zu wissen. Trotzdem schreiten wir vorwärts. Neue Zahlstellen wurden in Freising, Starnberg und vor kurzem auch in Gumburg errichtet. Einen ersten

lichen Fortschritt haben eine Anzahl unserer schon älteren Zahlstellen zu verzeichnen. Nahezu verdoppelt ihre Mitgliederzahl haben die Zahlstellen Landshut, München (Tapezierer), Nürnberg und Amberg; eine Reihe von Zahlstellen hat eine wesentliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß diese rege Tätigkeit in den einzelnen Zahlstellen auch anhält. Nebenher gibt es allerdings auch einzelne Zahlstellen, in denen es nicht recht vorwärts gehen will, wie Bamberg, Kronach und Straubing. Künftige Mitarbeit und Unterstützung fand das Sekretariat an den 3 Bezirksvorsitzenden, die hinsichtlich der Agitation auch keine Mühe scheuen. Zu bemängeln wäre in der Agitation nur der Umstand, daß es schwer hält, in den Zahlstellen auch in der Woche Versammlungen abzuhalten; würde letzteres möglich sein, dann könnte man die Samstags- und Sonntagsbesser für Gewinnung neuer Orte benützen. Ein Entgegenkommen in dieser Beziehung erscheint seitens der Ortsverwaltungen wünschenswert.

Lohnbewegungen

haben wir angesichts der Wintersonne in der Berichtsperiode nur wenige zu berichten gehabt. Obwohl in Bam bei dem bekannten Hoffberg keinerlei Forderungen gestellt wurden, wollte derselbe, jedenfalls bewogen durch schlechtes Gewissen, auf jeden Fall einen Vertrag haben; allein ohne Lohnzuschlag. Nach öfteren Verhandlungen mußte er sich dazu bequemen, den Arbeitern auch eine Lohnzulage von 10 Pfg. pro Tag zu gewähren. Leider waren die Bemühungen unseres Verbandes, für die Arbeiter eine Besserung ihrer Lage zu erzielen insofern umsonst, als es Hoffberg gelang, durch zweifelhafte Mittel die Arbeiter vom Verband abzubringen und sie somit in das alte Abhängigkeitsverhältnis zu setzen. Die Kollegen des anderen Betriebes hielten treu zum Verband. Anfang März war unser Verband an der Lohnbewegung in Nürnberg beteiligt. Derselbe brachte den Kollegen einen Minimallohn von 43 Pfg. die Stunde und eine Lohnzulage von über 2 M. pro Woche, neben noch einigen Verbesserungen. Nicht rühmend war das Verhalten des sog. Holzarbeiterverbandes den anderen Organisationen gegenüber. Zu den Beratungen über die Forderungen wurde kein Verband zugezogen. Als die Forderungen eingereicht wurden, sollten sich die nun übrigen Verbände ohne weiteres fügen. Das tat nun auch die Hirsch-Dunkersche Organisation. Die Sozialorganisierten, die ja sonst nur vom Rabulismus leben, haben sich den „Verbandslern“ vollständig unterworfen, welche sie dann dafür gnädig auch zur Unterhandlung mitkommen ließen. Unsere Zahlstelle setzte sich mit den Unternehmern in Verbindung und nahm sodann an den Unterhandlungen teil. In der „Holzarb. Ztg.“ Nr. 12 wurde berichtet, daß die zwei anderen Verbände verständigt wurden. Obwohl nun unser Verband ebensoviel Mitglieder hatte, geschah dieses nicht. Bezeichnend ist dies jedenfalls. Gegenwärtig steht unser Verband vielsseitig in Lohnbewegungen; doch darüber wird nächsten zu berichten sein.

Versammlungen

wurden 35 öffentliche mit Referaten abgehalten, neben der Teilnahme an ebensoviel Sitzungen und Versammlungen die sich teilweise auf unseren Verband, andernteils auf die Gesamtbewegung bezogen.

Die Korrespondenz

wurde seitens der Zahlstellen mit dem Sekretariat lebhaft gepflegt. Eingelaufen sind 63 Postkarten, 71 Briefe und 3 Telegramme. Ausgelaufen sind 88 Postkarten, 105 Briefe und Drucksachen. Nebenher führen die Bezirksvorsitzenden auch noch Korrespondenz mit den Zahlstellen.

Diese Fühlungnahme zu erhalten und die gemeinsame Förderung unseres Verbandes weiter zu pflegen ist auch mein Wunsch für die Zukunft.

Rudolf Schwarzer.

Stimmen zum Verbandstage.

Nicht mit Unrecht wurde in dem, die Diskussion über den Verbandstag einleitenden Artikel, im Organ darauf hingewiesen, daß sich in den letzten Jahren ganz gewaltige Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben vollzogen haben. Ganz andere Ansprüche werden aber auch an den Verband gestellt, als dieses in früheren Jahren der Fall war. An Stelle der lokalen Streiks und Aussperrungen sind die Riesenkämpfe getreten, wie wir sie im vorigen und auch in diesem Jahre sehen. Immer mehr stellen sich die in den Arbeitgeberverbänden organisierten Unternehmer auf den Herrenstandpunkt und glauben, jede Forderung der Arbeiter als ungerecht zurückweisen zu müssen. Die Folge ist, daß die Kämpfe für die Gewerkschaften immer schwieriger werden und deshalb größere Opfer gebracht werden müssen. Es ist aber auch selbstverständlich, daß, wenn größere Anforderungen an den Verband gestellt werden, derselbe auch leistungsfähig sein muß und vor allen Dingen die Kasse gut gepflicht sein soll.

In Zeiten eines Kampfes da werden die beteiligten Kollegen niemals danach fragen, woher der

Geld für die Unterstüzungen nimmt, sondern da heißt es einfach: Verband schaffe Geld, Geld und nochmals Geld! Wir müssen darauf bedacht sein, in Friedenszeiten Munition aufzuspeichern, damit dieselbe im Kampfe auch reicht. Nicht mit Unrecht wurde deshalb schon darauf hingewiesen, daß in absehbarer Zeit eine Erhöhung des Beitrages eintreten muß, wenn der Verband leistungsfähig bleiben soll. Jeder Gewerkschafter, der nur etwas Einsicht hat, wird gestehen müssen, daß unser jetziger Verbandsbeitrag nicht mehr der Zeit und den Anforderungen, die an den Verband gestellt werden, entspricht. Die Höhe des Beitrages darf hinter dem der gegnerischen Organisationen nicht zurückbleiben. Ich plaudiere daher für einen allgemeinen Einheitsbeitrag von 50 Pfg. pro Woche. Mag der Beitrag auch für manche Gegenden, wo der Lohn gering ist, z. B. den Schwarzwald, hoch erscheinen, zu beachten bleibt jedoch, daß den Kollegen auch damit größere Vorteile erwachsen.

Die Aktionsfähigkeit des Verbandes wird durch den erhöhten Beitrag zunächst gestärkt. Hieran sind aber gerade die schlecht gelohnten Kollegen interessiert. Je leistungsfähiger der Verband, um so mehr kann er für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Ich halte es deshalb für verfehlt, wenn auf Grund der bestehenden schlechten Verhältnisse den niedrigen Beiträgen das Wort geredet wird. Die heute besser gelohnten Kollegen haben die Beförderung ihrer Lage nur durch Opferwilligkeit, Initiative und der eigenen Kraft vertrauensvoll erringen können. Ohne erhöhte Opfer ist eben den schlecht gelohnten Kollegen die Möglichkeit der Beförderung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse von vornherein genommen.

Auch die weitere Ausgestaltung unseres Unterstützungswezens wird dadurch ausführbar. Die Gewährung der Streikunterstützung vom ersten Tage an dürfte bei keinem Kollegen auf Widerstand stoßen. Dann aber auch wäre es für die Familienväter wünschenswert, wenn die Streikunterstützung anstatt bis zu 15 Mk. auf 17 Mk. ausgedehnt würde. Es wurden auch schon Stimmen laut, die darauf hinausgingen, daß diese Vergünstigung nur Zahlstellen gewährt werden solle, die schon zwei Jahre beständen. Dieses würde meines Erachtens kein gerechter und auch kein gesunder Zustand sein, da in sehr vielen Fällen zutreffen dürfte, daß Kollegen dem Verbande wohl schon längere Zeit angehören, die Zahlstelle, in der sie sich befinden, jedoch erst vor kurzem gegründet ist, und trotzdem in einen Kampf hineingerät. Weiter wäre es auch wünschenswert, daß die Reiseunterstützung erhöht würde. Zwar gehören viele unserer reisenden Kollegen konfessionellen Vereinen an, und auch in etwa hier schon eine Unterstützung erhalten. Doch ist auch mit denen zu rechnen, die allein auf die Verbandsunterstützung angewiesen sind. Eine Erhöhung von 75 Pfg. auf 1 Mk. pro Tag erscheint wohl angebracht. Dieses auch aus dem Grunde, weil manche Kollegen im Streik sofort abreißen müssen, ohne daß ihnen vorher Gelegenheit zum Sparen gegeben war.

Mit mir dürften die gesamten süddeutschen Verbandskollegen darin einig sein, daß der bisherige Beitrag nicht ausreicht und daher eine Erhöhung auf 50 Pfg. geboten ist. An Opferwilligkeit wollen wir hinter niemanden zurückbleiben, insbesondere, wenn es sich um die Hebung des Arbeiterstandes, dieser großen kulturellen Aufgabe handelt.

Franz Schiemmel, Stuttgart.

Auf unserem demnächst stattfindenden Verbandstage sollen notwendig gewordene Reformen getroffen werden, die dazu ansetzen, unsere inneren Einrichtungen im Verbandesleben derartig zu gestalten, damit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen in jeder Weise Rechnung getragen wird. Einer der wichtigsten Punkte ist meiner Ansicht nach die Erhöhung des Beitrages auf mindestens 50 Pfg. pro Woche, und zwar möchte ich denselben in der Weise festgelegt wissen, daß $\frac{1}{2}$ oder 40 Pfg. der Hauptkategorie zugeführt werden und $\frac{1}{2}$ oder 10 Pfg. in der Lokalkategorie verbleiben. Es wird dann noch Rücksicht zu nehmen sein, dem Beitrage entsprechend auch die Unterstützungsätze zu erhöhen. Eine Krankenunterstützung innerhalb unseres Verbandes einzuführen, halte ich nicht für notwendig und zweckmäßig. Denn dadurch würde unsere Krankengeld-Zuschußkategorie in gewisser Beziehung ihren eigentlichen Zweck verfehlen. Sorgen wir lieber dafür, daß die Kollegen mehr wie bisher auf unsere Krankengeld-Zuschußkategorie hingewiesen werden und sich derselben anschließen. Denn dadurch wird es nur möglich sein, letztere bedeutend leistungsfähiger auszugestalten. Somit wird dann eine Krankenunterstützung innerhalb unseres Verbandes sich als überflüssig erweisen. Es ist auch schon häufig die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, auch in unserem Verbande eine Erwerbslosenunterstützung einzuführen, wie es bekanntlich im christlichen Metallarbeiter-Verband mit Anfang dieses Jahres geschehen ist. So sehr ich diesem Unterstützungswege sympathisch gegenüber stehe, bin ich doch der Ansicht, daß man auf unsern diesjährigen Verbandstage noch hiezu Abstand nimmt, und zwar aus guten Gründen. Weit wichtiger ist es, nicht etwa bloß an die Unterstützungs-Erhöhung zu denken, sondern in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, daß in unserm Verbande ein Reservecfonds geschaffen wird, der uns in unsern Lohnkämpfen, mögen sie uns aufgedrungen werden von rechts oder links, die Gewähr bietet, allen Stürmen ungeschwächt Trotz bieten zu können. Denn soviel steht fest, je stärker unsere Klasse ist, desto mehr Achtung werden wir unseren Gegnern abgewinnen. Zu empfehlen wäre es allerdings, daß man die Streikunterstützung gleich vom ersten Tage an gewährt und wenn möglich, auch event. den heutigen Satz der Streikunterstützung erhöhte. Sehr notwendig ist es jedoch und für unsern Verband von allergrößtem Nutzen, wenn man dann endlich mal energisch dazu übergeht und auch in unserem Verbande mehr Kräfte freisetzt, die sich besser und intensiver der Agitation widmen können. Ich erinnere in diesem Fall nur an den Bauhandwerkerverband, der speziell in letzter Zeit dazu übergegangen

ist, allenthalben dort, wo es irgend durchführbar war, Kräfte freizustellen. Lediglich diesem Vorgehen kann man es wohl in erster Linie mit verdanken, daß der Bauhandwerker-Verband mit solchen Riesenschritten vorangegangen ist. Möge daher auf unsern diesjährigen Verbandstage auch dieser Anregung Rechnung getragen werden. Ganz besonders wäre in dieser Beziehung Hannover, sowie Nord-Deutschland überhaupt zu berücksichtigen, denn hier wird lediglich nur eine freigestellte Kraft in der Agitation segensreich und nutzbringend wirken können. Denn dadurch wird endlich einem langjährigen Wunsche der Kollegen in Nord-Deutschland entsprochen und nachgekommen.

Franz Käsehaage, Hannover.

Wie notwendig die Erhöhung unseres Verbandsbeitrages ist, hat schon der Kollege Werder, Köln Margelegt. Ich beschränke mich deshalb darauf, kurz die Frage des Ausbaues unserer Unterstützungs-Einrichtungen zu erörtern. In der Hauptsache wird es sich hierbei wohl um die Einführung einer Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung handeln. Aus verschiedenen Gründen scheint die letztere Art die zweckmäßigere zu sein. Denn mit Einführung der separaten Krankenunterstützung erwächst den Ortsverwaltungen, eine neue jedenfalls nicht geringe Arbeit, während durch die Verschmelzung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zur Erwerbslosenunterstützung eine Vereinfachung geschaffen würde. Dazu kommt noch die Rücksicht auf diejenigen Kollegen, welche bereits einer zweiten Krankenkasse angehören. Diese könnten leicht durch Bezug von Verbandskrankenunterstützung in die Lage kommen, die Höhe ihres Verdienstes zu überschreiten, sodaß ihnen dieser Betrag von der Pflichtkrankenkasse gekürzt wird, während die Erwerbslosenunterstützung diesen aus dem Wege geht. Allerdings erscheint es wünschenswert, wenn durch die Einführung dieser Unterstützung, gleichviel welcher Art, das Halten einer zweiten Kasse überhaupt überflüssig wird. Dadurch könnte mancher Kollege Ersparnisse gegen früher machen, andererseits wäre eine ausreichende Erhöhung des Verbandsbeitrages so viel leichter durchführbar. Mein Vorschlag geht dahin, die einzuführende Unterstützung annähernd in Höhe der Erwerbslosenunterstützung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zu setzen, der seinen Mitgliedern nach einjähriger Mitgliedschaft 6 Mark, nach fünfjähriger 10 Mark pro Woche auf die Dauer von 20 Wochen im Jahr gewährt bei einem Einheitsbeitrag von 50 Pfg. Erscheinen diese Sätze auch etwas hochgegriffen zu sein, sodaß der Charakter der Unterstützungs-Einrichtungen als Mittel zum Zweck dadurch in etwa verloren geht, so darf doch nicht übersehen werden, ein wie wertvolles Werbemittel gerade diese Unterstützung abzugeben geeignet ist.

Die Kampfmittel und die Werbetaft des Verbandes zu steigern, wird die vornehmste Aufgabe des Verbandstages sein. Mögen darum die obigen Gedanken, die nicht als Ausdruck einer festabgegrenzten Meinung zu betrachten sind, eine Klärung der Ansichten über diese Fragen unter den Verbandskollegen herbeiführen, damit die Delegierten zum Verbandstag um so leichter das zweckmäßigste treffen und beschließen können.

Otto Knebel, Barmen.

Einen breiten Raum auf unserm nächsten Verbandstag, wird ihrer Wichtigkeit wegen, wohl die Beitragserhöhung einnehmen. Man macht die Beobachtung, daß sich bei dem größten Teil unserer Mitglieder, ein Drang nach höheren Beiträgen geltend macht. Dem zu Folge werden denn auch voraussichtlich wieder zahlreiche Anträge auf Erhöhung der Beiträge an den Verbandstag gelangen. So freudig dies zu begrüßen ist, wird dadurch doch gezeigt, daß bei unsern Mitgliedern die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß nur mit gut gefüllten Kassen den Interessen der Mitglieder gebiert werden kann, so darf aber andererseits wieder nicht verkant werden, daß noch eine ganze Reihe von Zahlstellen jeder Beitragserhöhung kalt gegenüberstehen und würde auch, eine all zu schroffe Beitragserhöhung mancher Zahlstelle das Lebenslicht ausblasen. Es wird auch niemand bestreiten können, daß in Zahlstellen, wo die Kollegen bis zu 30 Mk. wöchentlich und darüber verdienen, leichter ein Wochenbeitrag von 50 Pfg. entrichtet werden kann, als in Zahlstellen, wo die Kollegen sich mit 15 Mk. wöchentlich und darunter begnügen müssen, ein solcher von 35 Pfg. Leider gibt es aber noch ganze Gebiete der Holzindustrie, wo solche erbärmlichen Löhne verdient werden. Ist es schon schwer in diese Gegenden einzudringen und die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, so ist es noch schwerer, Zahlstellen dort hochzuhalten und die Kollegen dauernd an die Organisation zu fesseln und zwar deshalb, weil sie kaum im Stande sind den Verpflichtungen, die sie sich durch Beitritt in die Organisation aufgeladen haben, immer gewissenhaft nachzukommen. Nun kann es uns aber nicht einerlei sein, ob dieselben sich organisieren oder nicht, sondern wir haben ein großes Interesse daran, daß dieselben endlich aus ihrer Isolation herausgerissen werden, um sie der Organisation zuzuführen. Dann wird es auch möglich sein dieselben aus ihrer elenden Lage zu befreien und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, andererseits würde dadurch auch eine unliebsame Konkurrenz, die durch die dortigen niedrigen Arbeitslöhne besteht, aus der Welt geschafft. Soll dies aber ermöglicht werden, so dürfen wir denselben kaum höhere Beiträge zumuten. Während wir also hier größte Vorsicht walten lassen müssen, wissen wir aber wieder andererseits, daß ein großer Teil unserer Kollegen, die schon längere Zeit dem Verband angehören, geneigt sind, wesentlich höhere Beiträge zu entrichten und haben dies denn auch schon zu erkennen gegeben, indem sie Lokalbeiträge neben den ordentlichen Verbandsbeiträgen einführen. Durch diese Einführung von kleineren oder größeren Lokalbeiträgen in unserm Verband ist aber ein Kammernbund von Beiträgen geschaffen worden, so daß, wenn heute ein Mitglied gezwungen ist, das Jahr hindurch

in verschiedenen Orten sein Brot zu verdienen, er fünf oder sechserlei Beiträge zu entrichten hat, während seine Kasse immer ein und dieselbe bleiben. Daß dies ein idealer Stand ist, wird niemand behaupten wollen. Es muß halb unsere Lösung sein: Weg mit den Lokalbeiträgen! Schaffung von möglichst hohen Centralbeiträgen, die ungefahr denen des höchsten Lokalbeitrages und des ordentlichen Verbandsbeitrages zusammen gleichkommen, so daß es für die erste Zeit keine Zahlstelle mehr geben dürfte, noch einen Lokalbeitrag einzuführen. So also hat wir vor der leidigen Tatsache, daß wir bei Punkt Beitragserhöhung, unser Augenmerk nach zwei Seiten zu lenken haben und ist uns die Aufgabe gestellt, einen Weg zu finden, der nach beiden Seiten hin befriedigend wirkt. Dies wird aber schlechterdings möglich sein, wenn wir das jetzige System beibehalten, indem wir nur einheitliche Beiträge schaffen, sondern wir werden zu erwägen haben, ob es nicht angebräuer wäre, Stabellbeiträge zu erheben. Wenn dies auch unser Ideal sein kann, so ist dies aber bei den heutigen verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen eine taktische Unmöglichkeit, sollen wir überall den Wünschen der Mitglieder gerecht werden. Da möchte ich dann folgenden Vorschlag machen: Die Beiträge werden in zwei Klassen geteilt. In die erste Klasse werden alle Zahlstellen einbezogen, in denen die Kollegen 20 bis 30 Mk. wöchentlich verdienen, in die zweite Klasse, in denen 15 bis 20 Mk. verdient wird. Als Grundlage zur Festsetzung des Beitrages könnten wir den Durchschnittsverdienst einer jeden der beiden Klassen gelten lassen und denselben mit 2% belegen. Hiernach würden wir folgende Beiträge erhalten. Erste Klasse: Durchschnittsverdienst 25 Mk. $\times 2\% = 50$ Pfg. zweite Klasse: Durchschnittsverdienst 17,50 Mk. $\times 2\% = 35$ Pfg. Natürlich muß es nun unser Bestreben sein hier wieder etwa einen Ausgleich herbeizuführen. Dies kann dann geschehen, indem den Zahlstellen, die durch höhere Beiträge belastet werden, diese ihnen wieder selbst zu gute kommen und zwar durch Befassen von einem prozentual hohen Anteil der Lokalkasse. Da würde es sich empfehlen, daß Zahlstellen der ersten Beitragsklasse 40% gleich 20 Pfg. in der Lokalkasse verbleiben dürfte; dadurch würden dieselben in der Lage verfehlen, den Verpflichtungen, die sie im Laufe der Jahre durch Einführung allerlei lokaler Unterstützungen zu erfüllen haben, die sie bis jetzt durch Lokalbeiträge bestritten haben, gerecht zu werden. Den Zahlstellen der zweiten Beitragsklasse dürfte 20% gleich 7 Pfg. genügen, indem dieselben nur die örtlichen Verwaltungskosten zu tragen hätten. So glaube ich, ein Vorschlag gemacht zu haben, der wohl wert ist, diskutiert zu werden.

E. Kappler, Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Wochenbeitrag für die Zeit vom 6.—12. Mai 1906 fällig

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 20 Pfg. erhält die Zahlstelle Urm.

Delegiertenwahl zum Verbandstag. Die bei der Gemeindegemeinschaft eingelaufenen Wahlergebnisse ergaben die Notwendigkeit einer Stichwahl im 8. Wahlbezirk zwischen den Kollegen Schulz, Wiesbaden — Spahn, Offenbach, im 18. Wahlbezirk zwischen den Kollegen Gubman, Essen — Brunsfeld, Essen-Rüttenscheid.

Gemäß den, den in Betracht kommenden Zahlstellen bereits zugegangenen Anweisungen, ist die Stichwahl so wie möglich zu tätigen und der Zentralstelle das Resultat derselben bis spätestens 28. Mai mitzuteilen.

Nachstehend werden zum zweitenmale die Namen derjenigen Ortsverwaltungen bekannt gegeben, welche bis zum 1. Quartal die Abrechnungsformulare pr. 1. Quartal einlieferten. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß diejenigen Zahlstellen mitveröffentlicht worden sind, welche reits Gelddbeträge einsandten, oder sich wegen verspäteter Abrechnung entschuldigten; so lange wir kein Abrechnungsformular in Händen haben, kann eben die Fertigstellung der Abrechnung pr. 1. Quartal und auch die des Geschäfts-Kassenberichtes zum Verbandstag nicht erfolgen.

Es fehlen die Abrechnungen der Zahlstellen: Arnberg, Augsburg, Beverungen, Bromberg, Brehm, Castrop, Köln-Vindental, Czerst, Datteln, Dresden, Glogau, Lam, Lauf, Leipzig, Neufeld, Ohligs, Papenburg, Rosenheim, St. Johann, Steele, Würgassen, Warendorf, Wallau, Weiden und Zabrze.

In mehreren Fällen sind auf den Abrechnungsformularen Ausgaben von dem Anteil der Hauptkategorie in Abzug gebracht worden ohne entsprechende Belege für die einzelnen Posten einzuliefern. Selbstverständlich können derartige Ausgaben bei der Hauptkategorie keine Berücksichtigung finden. In Zukunft werden wir die Belege nicht mehr reklamieren, sondern Summen einfach als zu wenig eingesandt verbuchen.

Wegen Schädigung von Verbandsinteressen, wurde der Zahlstelle Sterkrade das Mitglied Theodor Kahlberg, Buchnummer 29320 aus dem Verbande ausgeschlossen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Vorabkalkulation ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug

Es ist ferngehalten von Schreibern nach Dülmen, Giebel, Hestadt, Westpreußen, Worms (Schreiner), Hellbronn (Schreiner, Fahrzeugfabrik), Düren, Rheine, (Hanna Minnendörfer), Billingen, Karlsruhe, Würzburg und München i. G. — von Bau- und Maschinenarbeitern nach Düren — von Schreibern, Bildhauern und Drechsler nach Bonn, (Drechslerwerkstatt) Eiters und Pianos (Kühling), — von Schreibern und Stuhlbaueu Gelle und Schleiden (Stuhlfabrik A. G. Phönix), — von Schmiedern nach Berlin und Köln, — von Modellierern nach Hannover, — von Kürschnern nach Paderborn, Pfalz.

In der Schweiz sind folgende Orte strengstens zu meiden: Plaz Bau- und Möbelschreiner, Gur Wagner, Schreiner, Glaser und Zimmerer, Horgen (G. G.) Firma Rikling, Glaser und Schreiner, St. Gallen, Hersteller aller Berufe.

Lohnbewegung in Würzburg. Bekanntlich haben die beiden Organisationen der Unternehmern Forderungen gestellt. Daraufhin haben sich die letzteren vereinigt. Die Einigung war jedoch nur von kurzer Dauer. Es ist in den größeren Geschäften bereits die 56 stündige Arbeitszeit eingeführt, in den anderen dagegen besteht noch die 60 stündige. Selbstverständlich waren diejenigen Arbeiter, die bereits kürzere Arbeitszeit haben, mit der Verkürzung zufrieden und diese Meinungsverschiedenheit führte denn dazu, daß die Arbeitgeber sich trennten und die größeren Einzelverhandlungen bereit erklärten. Am vergangenen Montag fanden dann zwischen den zwei größten Geschäften u. Billigheimer mit rund 120 Kollegen und beiden Organisationen im Beisein der Gauleiter Verhandlungen statt. Sie führten zu folgenden Zugeständnissen, die auch von den betroffenen kommenden Kollegen mit allen gegen 7 Stimmen angenommen wurden:

Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 56 Stunden, täglich 9 1/2, Samstags und an Feiertagen 8 1/2 Stunden bei den bis jetzt zahlenden Löhnen. Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 1/2 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug.

Auf alle Akkord- und Lohnarbeiten wird ein Zuschlag von 70% gewährt.

Der vorher vereinbarte Tagelohn wird bei neuen Akkorden garantiert. Der Stundenlohn gilt gleichzeitig als Abschlagszahlung. Bei Arbeiten außerhalb wird neben dem Lohn und den Fahrten die volle Verpflegung vergütet; die Fahrzeit wird als Arbeitszeit berechnet.

Ueberschunden dürfen nur in ganz dringenden Fällen gemacht werden. Dieselben werden nach folgenden Sätzen bezahlt: Bis 8 Uhr abends 10 Pfg.; nach 8 Uhr, sowie Sonn- und Feiertagen 25 Pfg. pro Stunde Zuschlag.

Mit verschiedenen anderen Unternehmern wurde im Laufe der folgenden Tage in Unterhandlungen getreten, deren Resultat zum Schluß der Redaktion noch nicht vorlag. Die gleiche Sammlung beschloß dann noch, daß die Kollegen der kleinen Betrieben am Montag früh nochmals bei ihren Meistern erscheinen sollen, ob sie die Forderungen genehmigen wollen oder daß im Weigerungsfalle die Kündigung einzureichen bezw. Arbeit niederzulegen sei. Voraussichtlich wird bei diesen Verhandlungen der Kampf ein ziemlich starker werden. Zugut ist der Streik ferngehalten.

Zur Lohnbewegung der Stellmacher in Köln. Die Firma Schiele hat jetzt ebenfalls die Forderungen nach fast wöchentlichem Kampf bewilligt. Der einzige Punkt, den die Kollegen fallen lassen mußten, war die Besserbezahlung Ueberschunden mit 50% von 8 1/2 Uhr ab. Die ersten Ueberschunden werden nach wie vor mit 25% besser bezahlt. Auch in diesem Punkt hätte sich nicht erreichen lassen, wenn der sozialdemokratische Schmiedeverband etwas stärker durchgegriffen hätte. Bei der Firma Papler & Sohn waren ebenfalls dieselben Forderungen gestellt waren, erfolgte die Kündigung sämtlicher Kollegen vollständige Bewilligung. Die Kollegen werden nicht eher ruhen, bis in sämtlichen Bauarbeiten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einheitlich geregelt sind.

Zum Streik in St. Gallen. Ein Armutzeugnis stellen die St. Galler Schreinermeister aus, indem sie sich der Vormundschaft eines Häufleins Scharmacher stellen. Unmöglich beschloffen sie die Forderungen der Arbeiter, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit in den generellen Forderungen zu akzeptieren, sodaß alle Aussicht auf eine friedliche Einigung vorhanden war. Doch da kamen der Gewerbe- und Meistervereine, also eine Meisterkategorie, die absolut nicht dem in Frage kommenden Gewerbe zu tun hat, die Forderung: „Es wird nichts bewilligt“, und gebot dem Schreinermeisterverein seine Zugeständnisse zurück. Die Kollegen proklamierten als Antwort den Streik. Vorwiegend ist es die 56 stündige Arbeitszeit, welche die Arbeiter nicht verdauen können. Staunenswert ist die Rücksichtslosigkeit und Blindheit der St. Galler Meisterchaft gegenüber dem Fortschritt in andern Ländern und Städten. Sie haben die Zeit verschlafen und so kommen ihnen die Forderungen der Arbeiter ungeheuerlich vor. — Mit welcher unglücklichen Mitteln die Herren arbeiten, zeigt ein Fall von Mißbrauch gegen einen Meister, der, entsprechend seinem Gefühl, die Forderungen unterschrieben bewilligt hatte. Er drohte ihm von maßgebender Stelle mit Entziehung der Arbeit für die Zukunft, was für diesen den Bankrott bedeutete, worauf der Betreffende trotz Unterschrift die Bewilligung annullierte und seine Leute von neuem streiken. Ende dieser Woche wird durch die Aussperrung der Arbeiter in der Baubranche tätigen Arbeiter die allgemeine Ruhe perfekt.

Erfolg in Ulm. Nach dreiwöchentlicher Dauer wurde der Streik mit einem schönen Erfolg für die Kollegen beendet. Das Gewerbegericht als Einigungsamt beigelegt. Erreicht wurden die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Mindestlohn für Arbeiter 20—23 Jahre 38 Pfg., ältere Kollegen 40 Pfg. Für Ueberschunden 25%, Nacht- und Sonntagsarbeit 50%; Ferner die Einführung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit.

Zum Streik in Weeze. Der Streik bei der Firma Geenen dauert an. Es scheint, als ob man in Weeze die Macht der Organisation auf eine Probe stellen will. Es sind 3. J. nur noch die als Streikposten notwendigen Kollegen am Orte, alle übrigen sind anderwärts untergebracht. Mit allen Mitteln hat man es versucht, die Organisation zu sprengen, bisher ohne Erfolg. Die Kleinmeister, auf die große Hoffnungen gesetzt wurden, sind uns nicht in den Rücken gefallen. — In allen Zeitungen, auch in holländischen, werden Schreiner gegen hohen Akkordlohn gesucht bei 30 bis 35 Mt. Wochenverdienst. Streikarbeit wurde nach Goch gebracht; die Arbeit kann da jedoch noch lange liegen, bevor sie fertig ist.

Beendete Lohnbewegung in Rempten. Die mit den Arbeitgebern gepflogenen Unterhandlungen führten zu dem Resultat, daß den Kollegen annehmbare Angebote gemacht wurden und daher ein Kampf vermieden werden konnte. Folgende Vereinbarung wurde getroffen:

1. Die Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben, in denen Schreiner und Maschinenarbeiter beschäftigt werden, beträgt 9 1/2 Stunden, in der Woche zusammen 56 Stunden. Sie wird festgesetzt:

a) für die Zeit vom 20. März bis 15. Oktober auf die Zeit von halb 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends mit 1 1/2 stündiger Mittagspause und Vesperpausen von je 1/4 Stunde vormittags und nachmittags;

b) für die Zeit vom 16. Oktober bis 19. März auf die Zeit von 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends mit 1 1/2 stündiger Mittagspause ohne Vesperpausen. Jedoch ist es dem Arbeiter gestattet, etwa mitgebrachte Nahrungsmittel in der Zeit von 9 bis halb 10 und halb 4 bis 4 Uhr zu genießen. Am Samstag ist um 5 Uhr Arbeitsluß. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist um 4 Uhr Arbeitsluß.

2. Der Lohn für Gehilfen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit unterliegt der freien Vereinbarung. Im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit wird ein Stundenlohn von mindestens 32 Pfg. gezahlt, vom Beginn des dritten Jahres ab ein Stundenlohn von mindestens 37 Pfg.

3. Der bisher in sechs Tagen erzielte Wochenverdienst wird in Stundenlohn für 56 Arbeitsstunden umgerechnet; die so sich ergebenden Stundenlöhne werden um 80% erhöht.

4. Ueberschunden sind nur in dringenden Fällen gestattet, wenn solche gemacht werden, wird ein Zuschlag von 30 Proz. gewährt. Sonn- und Feiertagsarbeit ist nur in äußerst dringenden Fällen zulässig und wird hierbei ein Zuschlag von 50 Prozent bezahlt.

5. Bei Arbeiten an Bauten wird ein täglicher Zuschlag von 20 Pfg. bezahlt, wenn die Arbeit länger als einen Tag dauert. Ist die Arbeitsstelle mehr als 2 Kilometer von der Werkstatte entfernt, so beträgt der Zuschlag 50 Pfg. pro Tag.

Bei Arbeiten außerhalb der Stadt wird in Fällen, in denen der Arbeiter übernachten muß, ein Zuschlag von 1,80 Mt. täglich bezahlt; für Orte mit besonders teurer Lebenshaltung unterliegt der Lohnzuschlag freier Vereinbarung. Muß der Arbeiter infolge weiter Entfernung auch über Sonntag am Arbeitsorte verbleiben, so erhält er für den Sonntag den vereinbarten Zuschlag.

6. Im Akkord wird nicht gearbeitet.

7. Die Lohnzahlung erfolgt am Wochenschluß; beginnt jedoch selbst später als 15 Minuten nach Arbeitsluß, so ist eine Ueberschunde zu bezahlen.

8. Kündigung findet nicht statt.

9. Die gegenseitigen Vereinbarungen sind in einer Arbeitsordnung zusammengefaßt und in den Betrieben an sichtbarer Stelle anzubringen und strikte einzuhalten.

10. Maßregelungen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.

11. Diese Arbeitsordnung hat Gültigkeit vom 24. April 1906 bis 30. April 1908. Am 1. Mai 1907 werden die bestehenden Lohnsätze um 30% erhöht. Wird der Tarifvertrag nicht vier Wochen vor Ablauf der Zeit gekündigt, so gilt er ein Jahr weiter.

12. Zur Schlichtung von Differenzen, die sich aus der Auslegung dieses Tarifvertrages ergeben, wird eine Schlichtungskommission eingesetzt, die sich unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Gewerbegerichts aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt. Die Letzteren werden von den Parteien bestimmt und dürfen nicht zu den Beteiligten gehören. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig.

Aus den Verbandsbezirken.

7. und 8. Bezirk.

Eine Konferenz des 7. und 8. Bezirks tagte am 22. April in Gelsenkirchen. Von den in Betracht kommenden 26 Zahlstellen hatten 22 Delegierte entsandt. Vom Zentralvorstand nahm Kollege Kurtscheid sowie die beiden Bezirksvorsitzenden Kollege Wiffels und Schid an den Verhandlungen teil. Dem Bericht des Sekretärs und der einzelnen Delegierten zufolge ist ein Mitgliederzuwachs von rund 175 im letzten Quartal in den beiden Bezirken zu verzeichnen. An diesem Aufschwung sind besonders Gelsenkirchen und Essen beteiligt. Auch die Beitragsleistung in den Zahlstellen ist erfreulicherweise im Steigen begriffen, wird doch schon in 5 Zahlstellen ein Wochenbeitrag von 50 Pfg. erhoben. Weitere Orte werden demnächst folgen.

Den meisteilen Raum der Konferenz nahm sodann der Punkt: „Unsere Lohnbewegung und Taktik“ ein. Angesichts der eifrigen Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes für das Gewerbe, die sämtliche Schreinermeister im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für sich zu gewinnen suchen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Berufe einheitlich, d. h. gleich denen der Maurer und Zimmerer zu regeln, war dieser Punkt besonders aktuell. Als ein erfreuliches Zeichen von Einmütigkeit der einzelnen Zahlstellen ist es zu begrüßen, daß die in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlüsse einstimmig erfolgten. Bezüglich der zu stellenden Anträge zum 4. Verbandstage wurde von allen Delegierten einer Beitragserhöhung das Wort geredet, ohne sich über die Höhe desselben festzulegen. Einstimmig wurde dementsprechend folgende Resolution angenommen:

„Die in Gelsenkirchen tagende Konferenz des 7. und 8. Bezirks erklärt sich mit einer solchen Beitragserhöhung einverstanden, die ausreicht, um unsere Hauptkasse in den Stand zu setzen, allen Anforderungen zur Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerecht zu werden.“

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde den Zahlstellen der Ausbau des Werkstattdelegiertensystems nahegelegt, um 1. eine intensive Agitation entfalten zu können, 2. die bessere Durchführung der Verbandsstatuten zu ermöglichen, 3. um statistisches Material zu gewinnen, bestehende Mißstände und Schäden in unserm Berufe aufzudecken und für Abhilfe zu sorgen. Gewiß wird die Konferenz wieder anregend und nützlich für unsern Verband sich erweisen, wenn die Delegierten das gegebene Versprechen durchführen, für den weiteren Ausbau der Zahlstellen des Ruhrreviers Sorge zu tragen und die gefaßten Beschlüsse in die Tat umsetzen. Nach 5 stündiger Tagung wurde die schön verlaufene Konferenz geschlossen.

19. Bezirk.

Am ersten Osterfeiertag tagte in Hamburg eine Konferenz der Zahlstellen, um Mittel und Wege zu finden, wie im Norden, in der Hochburg der Sozialdemokraten, unser Verband am besten verbreitet werden könne. Der Bezirksvorsitzende, Kollege Lärtenberger-Hamburg, begrüßte die erschienenen Delegierten und gab bekannt, daß sämtliche Zahlstellen vertreten seien, ausgenommen Wilhelmshafen. Aus den Berichten der Delegierten war zu ersehen, daß in den Zahlstellen überall reges Leben herrscht. Der Versammlungsbesuch ist ein guter zu nennen. Mit der Agitation können wir nur immer langsam vorgehen, da hier die Gegner schon ziemlich das Feld beherrschen. Doch ist man bestrebt, eine gründliche Hausagitation vorzunehmen. Lokalbeiträge werden in zwei Zahlstellen erhoben, ebenso besitzen diese eine Bibliothek in kleinerem oder größerem Umfange. Ueber rege Beteiligung an den sozialen Unterrichtskursen konnten Hamburg und Bremen berichten, in denen auch verschiedene Redner ausgebildet wurden, die in den Mitgliederversammlungen Vorträge halten. An Lohnbewegungen waren Hamburg und Bremen während der Berichtszeit beteiligt und wurden nennenswerte Erfolge erzielt. Leider mußte der Delegierte aus Bremen über Terrorismusfälle von Seiten der Genossen berichten. Wer die Nummern 38 und 51 unseres Verbandsorganes vom vorigen Jahre verfolgt hat, wird gesehen haben, in welcher Weise über die christlich-organisierten Arbeiter hergezogen wird. Ein Fall wurde im vorigen Jahre vor dem Schöffengericht in Bremen verhandelt und ein weiterer Fall wird in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen. Hoffentlich lassen sich diese Verurteilungen manche sozialdem. Heißsporne zur Warnung dienen! Im 2. Punkt der Tagesordnung wurden Anträge zum Verbandstag erledigt. Zum Schluß wurde noch auf unsere Krankengeldzuschüsse hingewiesen und versprochen die Delegierten, in ihren Zahlstellen für die Einführung derselben Sorge zu tragen. Nachdem der Bezirksvorsitzende noch auf einige Punkte hinwies, besonders, daß auch die Presse, die für unsere Gewerkschaftsbewegung eintritt, auch von unseren Kollegen unterstützt wird, wurde die Konferenz geschlossen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Schweidnitz. Daß die christliche Gewerkschaftsfrage hier immer mehr an Boden gewinnt, ist eine unlegbare Tatsache und bewies dieses zur Genüge unsere letzte Mitgliederversammlung. Da uns unser Bezirksvorsitzender Ologer aus Rattowitz einen Vortrag über Notwendigkeit und Aufgaben christl. Gewerkschaften und der Dr. Lattelle zugesagt hatte, hatten wir auch andere Berufslogen eingeladen. Es wurden die klar überzeugenden Ausführungen des Redners nicht nur mit großem Beifall aufgenommen, sondern wir konnten auch mehrere Aufnahmen vornehmen und außerdem melde ich noch Kollegen drei anderer Berufe zur Gründung von Zahlstellen. Für uns ein schöner Erfolg. Es gilt nun, die jungen Zahlstellen besetzen zu helfen, damit auch sie recht bald ein wirksames Mitglied des in kurzer Zeit hier in Kraft tretenden christl. Gewerkschaftsartikels werden. An alle Mitglieder des christl. Holzarbeiterverbandes aber sei an dieser Stelle nochmals die dringende Bitte gerichtet, sich der Worte des Referenten noch recht lange zu erinnern und mit noch verstärkter Begeisterung für unseren Verband zu arbeiten. Unsere Parole muß bei jeder Gelegenheit sein: Förderung und Verteidigung der christlichen Gewerkschaften.

Wurzel. Auch wir fühlen uns gezwungen, einmal mit einem Resultate unserer Zahlstelle an die Öffentlichkeit zu treten. Obwohl die Organisationsfrage am hiesigen Orte äußerst schwierig ist, da die in Betracht kommenden Schreinermeister in einem Umkreise von etwa 3—4 Stunden zerstreut sind, (etwa 51) gelang es uns doch seit unserer Gründung am 11. Februar d. J. 21 Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Es steht fest, daß noch manche Kollegen sich aus Bangigkeit, sie könnten „des Meisters Fluch“ auf sich laden, unserer Organisation fernstehen. Möchten diese Kollegen doch einsehen, wie voll und ganz die hiesigen Meister die Vorteile des „Zusammenarbeitens“ erkannt haben, indem sie sich alle dem „Hilfsmeisterverbande“ angeschlossen. Darum Wurzelner Kollegen! Aufgewacht aus Eurer Gleichgültigkeit! Nimmt mit Angst vor der Zukunft des Meisters! Einem in den „christlichen Holzarbeiterverband!“

Günzburg. Ueber das Thema: „Warum christl. Gewerkschaften“ referierte in unserer letzten Versammlung am 21. April Kollege Bacher-Hlm. Zu leicht verständlicher und begeisternder Weise führte uns Redner die deutsche Arbeiterbewegung vor Augen und zeigte uns daraus die Notwendigkeit und die großen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Zum Schluß forderte er mit dem Hinweis auf den kommenden Verbandstag auf, mitzuarbeiten am weiteren Ausbau unseres Verbandes. Lieber keinen Verband, als einen solchen, der den Aufgaben und Anforderungen nicht gewachsen ist. An den Mitgliedern liegt es, sich eine zeitensprechende wirksame Vertretung und Stütze zu schaffen. Fünf Aufnahmen waren zu verzeichnen. Auf Anregung aus der Versammlung wurde beschlossen, auch in der näheren Umgebung wirken zu wollen und die Kollegen vorerst der hiesigen Zahlstelle anzuschließen. Darum auf zur Tat!

Eisenach. Unter den denkbar schwierigsten und ungünstigsten Verhältnissen konnte man hier zur Gründung einer Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes schreiten. Unsere Mitglieder, welche zum Teil scharf mit dem sozialdemokratischen Terrorismus zu kämpfen haben und welche die Grundlagen und Ziele der christlichen Gewerkschaften klar erkannt, agitieren in uneigenmächtiger Weise unter Anwendung von Mühe und Zeit für unsere christliche und nationale Sache. Der gewerkschaftliche Geist in der Zahlstelle ist gut und hoffen wir in aller Kürze von Aufnahmen neuer

Mitglieder berichten zu können. Das Arbeitsfeld ist groß und die zur Verfügung stehenden Kräfte sind noch gering an Zahl. Will es doch nicht nur Offenbach, sondern auch die Nachbarorte christlich zu organisieren. — Gleichgültig ein Bild von der „Arbeiter-Vollversammlung“ hiesiger „Genossen“. — Recht beschämend für die hiesige Zahlstelle des sozialdemokratischen Verbandes der Tapezierer ist das Verhalten ihres bisherigen Mitgliedes und Agitatoren des „Genossen“ G. Selbiger, welcher bisher in Gotha beschäftigt war, und in den Nachbarstädten in Versammlungen agitierte, machte sich hier selbständig und betreibt eine solche Schmutzkonzurrenz, wie man solche am Orte bisher nicht kannte. „Genosse“ J., bisher auch eifriger Vertreter des soziald. Verbandes, geht ihm hilfsreich zur Hand. Beide werden dadurch indirekt zum Vordränger ihrer Kollegen. Beweis: „Ein Vorstandsmitglied des soziald. Verbandes sprach bei der Firma, bei welcher er beschäftigt ist, für sich und seine Kollegen (sämtlich rot organisiert) um eine Lohnaufbesserung vor und erhielt zur Antwort, daß man, um konkurrenzfähig zu bleiben, schlecht an eine Lohnaufbesserung denken könne. Darüber herrscht nun im Verband helle Wut gegen „Genossen“ G. Müssen die Kollegen, welche gezwungen dem Tapeziererverband angehören, sich die roten Agitatoren etwas näher ansehen und aus diesem Fall die Lehre ziehen, sich dem christlichen Holzarbeiterverband anzuschließen, welcher ihre Interessen in richtiger Weise vertritt.

Dülken. Endlich ist es uns auch hier wieder gelungen, eine Zahlstelle zu gründen. In der betreffenden Versammlung, die von der Zahlstelle Wiersen einberufen war, referierte Kollege Weiteke aus Düsseldorf über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Trotzdem von gegnerischer Seite zu gleicher Zeit eine Versammlung anberaumt war, war die unsrige sehr gut besucht. Auch war die Diskussion eine sehr rege und erklärten 18 Kollegen ihren Beitritt zum christlichen Holzarbeiter-Verbande, so daß wir mit den vorhandenen Kollegen 21 Mitglieder zählen. Man wählte im Anschluß an die Versammlung einen provisorischen Vorstand und führt direkt einen Beitrag von 40 Pfg. ein.

Eilenburg. Terrorismus scheint auch bei den hiesigen „Holzgenossen“ das einzig für richtig angesehene Mittel zu sein, um anders denkenden Kollegen die „Wahrheit“ der sozialistischen Gewerkschaftsidee einzuprägen. Arbeitet da in einer größeren Fabrik neben vielen „Genossen“ ein Mitglied unseres Verbandes. Demselben wird nun derart durch Verleumdungen u. im Betriebe und in Versammlungen zugelegt, daß er sich entschließt, seine Entlassung zu nehmen. Nach dem Grunde dieses Handelns gefragt, erklärt er dem Arbeitgeber das schätzbare Verhalten der „Genossen“. Unserem Kollegen wurde daraufhin geraten da zu bleiben, was er auch tat. Der Hauptkrafthaler der „Genossen“ dagegen erhielt die Kündigung. Seine „Anhänger“ berieten nun in einer Versammlungsverammlung was geschehen solle und wurden sich darüber einig, daß dem Geschäftsleiter vorstellig gemacht werde, ob die Kündigung aufrecht erhalten werde oder nicht. Nach Mitteilungen soll die Frage nicht zu ihrer Zufriedenheit beantwortet worden sein. Was die Sache weiterbringt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls aber haben unsere Verbandsmitglieder allen Grund, besser die Versammlungen zu besuchen, damit hier Aufklärung geschaffen werden kann und wir stets in der Lage sind, den „Genossen“ nicht nur auf ihr Vätermaul, sondern auch auf die Finger zu sehen.

Wagendauer.

Düsseldorf. Wenn man die Lage der hiesigen Schmelde und Stahlmacher betrachtet, die in den meisten Werken noch bestehende 11, 11½, und 12 stündige Arbeitszeit, dazu noch das Roß- und Logiswesen bei den Reisenden und die teilweise unmenschliche Behandlung, so muß man bedauern, daß die Düsseldorf Kollegen nicht eher zu der Einsicht gekommen sind, sich der Organisation anzuschließen. Schon seit einiger Zeit sind die Kollegen unserer Sektion eifrig damit beschäftigt die näheren Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung zu treffen. Da uns aber noch ein Teil indifferenten Kollegen gegenüber steht, so bedarf es noch einer regen Tätigkeit auch diese dem Verbande zuzuführen. Goffentlich ist auch die Zeit nicht mehr fern, wo für unsern Beruf bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Küfer.

Singen. Wie es im Küferberufe steht, zeigt sich am besten in unserer Gegend. Hier werden die Kollegen behandelt, als ob sie überhaupt nicht existenzberechtigt wären. Dieses zeigte sich in

der letzten Zeit dadurch, daß ein in sehr bescheidenen Grenzen gehaltenen Tarifvertrag, den die Kollegen einreichten, von den Arbeitgeberern keiner Antwort gewürdigt wurde. Gewiß ein beachtliches Zeugnis für das soziale Empfinden dieser Leute. Aber jeder selbst und selbstverpflichtete Küfer wird wissen, welche Antwort er hierauf zu geben hat. Jetzt heißt es erst recht hinein in unsere Organisation, damit wir den Herren zu gegebener Zeit unsere Meinung zu verstehen geben können. Es läßt sich ja von den schon organisierten Kollegen keiner abschrecken, sorgen wir deshalb mit doppeltem Eifer für die Organisation der Indifferenten. Es ist eigentlich beschämend, daß sich die hiesigen Kollegen mit den gegähnten Köhnen herumzulegen müssen. Daß Murren und Schimpfen nichts helfen kann, müssen die Kollegen endlich einsehen. Gegenüber der festgelegten Organisation der Arbeitgeber, dem Weinhandels-Verband, kann den Kollegen nur der Zusammenschluß in unserem Verbande wirklich dienlich sein.

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaften und ortsüblicher Tagelohn. Die von der gesamten Arbeiterchaft Badens auf lebhafteste begründete Propaganda zur Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes ist jetzt so ziemlich beendet. Die christliche Arbeiterbewegung hat damit aufs Neue den Beweis erbracht, daß sie den Arbeiter über alle Fragen aufzuklären bemüht ist und jede sich bietende Gelegenheit benützt, um die größtmöglichen Vorteile zu erringen. Es gibt ja heute im öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Leben so viele Fragen, die noch gelöst werden müssen und wozu die Mitwirkung aller Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften notwendig ist. Die Erkenntnis, daß letztere nicht allein die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser zu gestalten suchen, sondern dem Arbeiter in allen Fragen den ihm gebührenden Einfluß und die Gleichberechtigung zu erringen bestrebt sind, sollte auch den letzten christlichen Arbeiter zum dauernden Anschluß an diese Organisationen bewegen. Ganz besonders diese neueste Bewegung muß jedem denkenden Arbeiter zeigen, daß wirklich praktische, erfolgversprechende Arbeit nur von den christlichen Berufsverbänden geleistet wird, daß dagegen die Sozialdemokratie wiederholt den Beweis erbracht hat, daß es ihr nicht um eine Verbesserung des wahrlich oft nicht beneidenswerten Loses des Arbeiters zu tun ist. Wie hätten sonst die Genossen in verschiedenen Versammlungen, so besonders in der Umgebung von Mannheim, in Durlach, Waldsput u. a. m. gegen die geplante Eingabe um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes stimmen können? Haben Leute, die in der rohesten Art und Weise bei der gleichen Gelegenheit Anderen den Kopf einschlagen, mit Steinen werfen, mit dem Messer verlegen, wie es öfter vorgekommen ist, ein Recht, von sich zu sagen, sie seien Arbeitervertreter? Die Sozialdemokraten handeln immer und überall nach den Worten, die auf dem Jenaer Parteitag ausgesprochen wurden: „Je besser es dem Arbeiter geht, desto weniger ist er für die Herbeiführung einer anderen Staatsform zu haben“, das heißt mit anderen Worten, man will mit Absicht die Lage der Arbeiterschaft noch mehr verschlechtern, um desto besser den Umsturz herbeiführen zu können. Die christlich gesinnte Arbeiterschaft Badens wird die Antwort hierauf, d. i. der Massenbeitritt zu den christlichen Gewerkschaften nicht schuldig bleiben.

„Selbstverständliche Pflicht“ nennt der „Zimmerer“ die Agitation für die sozialdem. Partei seitens der „freien“ Gewerkschaften. Von diesem Pflichtgefühl ließen sich dann auch die Zahlstellen des „Zimmererverbandes“ in Bremen und Hamburg leiten, als sie eine eifrige Propaganda für die soziald. Partei-Organisation und Parteipresse entfalteten. So wurden in Bremen 107 „Zimmerer“ als Parteimitglieder und 45 als Abonnementen des Parteiorgans gewonnen. In Hamburg waren es 147 resp. 121. Dabei liegt sich das genannte Organ des „Zimmererverbandes“ fast beständig mit den Parteiorganen und Parteibogusmatern in den Haaren. Nach den eigenen Aussagen kämpft es hier gegen die Verjüngung der deutschen Arbeiterbewegung und trotzdem diese Wirken, trotz des gegenseitigen Kräftehals, eine gute Note für die Zukunft zu sichern. Und dabei sollen nach dem „Zimmerer“ die Verbandsmitglieder, „Männer mit ausgeprägtem Klassen-

gefühl“ sein. Es scheint als ob das Blatt an Begleitung litt. Klassengefühl und Gordeninstinkt sind grundverschiedene Dinge. Letzterer aber kann nur als Grund für die inoffizielle Haltung der „Deutschen Arbeiterbewegung“ abgeben. Es muß deshalb schon etwas allerdingsten Kälbern, die ihre Mehger selber wählen haben.

Soziale Rundschau.

Sozialdemokratische Verwaltungspraxis. Die Glieder der Münchner Ortskrankenkasse sind schwer Leute. Am Ende des Jahres 1904 mußten sie die Genehmigung machen, daß die ausschließlich von den „Genossen“ verwaltete Kasse beim Jahresabschluss ein Defizit von nur 800 000 Mk. erzielte. Obwohl nun die Beiträge, die gleichen geblieben sind, wurden die ohnedem schon an Leistungen der Kasse bedeutend herabgesetzt, so daß sie „gar“ ein Ueberschuss erzielt worden ist. Indessen haben sehr gebildeten Mitglieder gegenwärtig Gelegenheit, Verwaltungspraxis auch von einer anderen Seite kennen zu lernen, die nichts weniger als freudig genannt werden kann. Seit längerer Zeit schon ging das Gerücht um, daß Sanatorium Kirchseeon nicht alles in Ordnung sei; wurde der ehemalige Schreiner Gottfried beschuldigt, Verwalter der genannten Anstalt eine Passivwirtschaft zu führen. Allein da es sich hier um einen tüchtigen Genossen handelt, der selbst viel zu entdecken weiß, war lange es ging, über alle die Vorgänge der Mantel der Schwiegenheit gezogen. Endlich scheint aber das Vernehmen nicht mehr gut möglich zu sein und hört man jetzt schon Sachen, die so recht zeigen, wohin eine Parteivirtschaft kann. Bekannt ist ja allgemein, daß der Herr Verwalter sehr viele Agitationstouren für die Partei machte, die Anstellung eines Buchhalters notwendig wurde, hohen Beiträge bringen ja die Gelber wieder ein, wurden im Februar zwei tüchtige Hilfsarbeiter ausgesucht und — weiß gleich ist, drei Mann angestellt. Und 400 Bewerbern, darunter sehr viele mit entsprechenden Ausbildung, wurden die von der Partei wohlbekannten „Genossen“ als geeignet befunden. Unglaublich erschmeißt die Tatsache, daß die Frau Gottfried, obwohl sie schon zwei Jahren weder mit der Küche noch sonst etwas im Sanatorium zu tun hatte, heute noch ein vertragsmäßige halt voll bezieht. Gottfried selbst ist eher zur Führung der Sanatoriumsverwaltung geeignet, als für den Posten des Sanatoriumsverwalters. Obwohl ihm schon zwei Mal kündigt wurde, ist die Kündigung jedesmal rückgängig geworden. Die Gründe sind begreiflich. Nunmehr ist er selbst wieder gekündigt worden. Auch besaßte sich die Generalversammlung mit der Angelegenheit, wobei ganz nette Auflagen. Ein Hund wurde in der Badewanne der Patientin gebadet und soll auch mit den für die Patienten bestimmten Handtüchern abgetrocknet worden sein. Große Unregelmäßigkeiten kamen nach den Aussagen in der Küche vor. trat ein früherer Arzt des Sanatoriums mit einem unheimlichen Anlagematerial gegen die Verwaltung der Ortskrankenkasse hervor. Jedoch soll diese Sache noch gerichtlich ausgetragen werden. Da nun auch Gottfried gegen die Verwaltung Klage stellen will, verspricht die ganze Angelegenheit recht interessant zu werden. Die Vorgänge zeigen so, wohin die Parteivirtschaft führt. Der erste Schritt Besserung wäre die Einführung der Verhältnismäßigkeits-Vertreterwahl der Ortskrankenkasse, damit die sozialdemokratische Alleinherrschaft gebrochen wird.

Literarisches.

Die Kartellierung der Großindustrie und ihr Einfluß auf die Arbeiter. Unter diesem Titel ist die Rede des Geheimrats Professor Dr. A. Wagner in der Versammlung christl. Gewerkschaften zu Essen am 25. März d. J. in Broschüre erschienen. Die Broschüre, welche im Auftrage des Christl. Gewerkschaftsrates Essen herausgegeben wurde, kann durch Centralstelle unseres Verbandes, zum Preise von 10 Pfg. bezogen werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt

Kugelsburg 20. 5. 10 Uhr, im Gasthof zum Paritätswirt.
 Altsiedeln. 19. 5. 8½ Uhr bei Krone.
 Nassen-Weidfeld. 20. 5. 11 Uhr in der Jagd.
 Kienberg. 20. 5. 4 Uhr, im Hotel Lindenhof.
 Breil. 20. 5. 11 Uhr, zur Post.
 Breilsgaden. 20. 5. Zum goldenen Bären.
 Barmberg. 20. 5. 10 Uhr, Brauerei Sittlinger.
 Barmberg. (Stellmacher). 18. 5. 8½ Uhr bei Benke.
 Barmberg. 19. 5. 8 Uhr, „Stadt Bremen“, Langestraße.
 Bremen. Sektion II. 19. 5. 9 Uhr bei Eichmeier.
 Barmheim. 19. 5. im Rath. Gefellenhaus, Schulgasse 1.
 Dingeln. 19. 5. 1 Uhr im Felsenkeller.
 Breil. 15. 5. 8½ Uhr, Gastwirt Schnabel, Alexanderstr. 5.
 Breil. 19. 5. 8½ Uhr im Vereinshaus Bruchsal.
 Braunschw. 19. 5. 8½ Uhr, in der Reichshalle, Reichenstr. 36.
 Barm. 16. 5. Gastwirt Jürgens, Weststraße.
 Gyr. (Schw.). 16. 5. 8½ Uhr, Gastwirt, Nebenzimmer.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr bei Seberin, Fruchtmarkt.
 Gyr. 20. 5. 11½ Uhr, Rest. zur Reichshalle, Kurzstraße.
 Gyr. (Schw.). 19. 5. 8½ Uhr bei Schneider, Denloerstraße.
 Gyr. (Lager u. Gattler). 19. 5. 9 Uhr bei Wipperfurth, Freisenstr. 33.
 Gyr. (Lager). 20. 5. 11 Uhr, Ede Tuma- und Einheitsstraße.
 Gyr. 18. 5. 11½ Uhr bei Driever.
 Gyr. 17. 5. 9 Uhr, Restauration Kleinherne.
 Gyr. 17. 5. 8½ Uhr im Paulshaus.
 Gyr. 16. 5. 9 Uhr, Brauerei Gyr, Ede Karlstraße.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr bei Friz Rages, Rathilbenstraße.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr, Hotel Sternemann.
 Gyr. 20. 5. 5 Uhr, im Weinmüllerschen Lokal.
 Gyr. 12. 5. 8½ Uhr, Weinmüllerschen Hof.
 Gyr. (West). 20. 5. 11 Uhr, bei Wirt Gerber, Ede Hofmann- und Ehrenfelderstraße.
 Gyr. 20. 5. 10½ Uhr, im katholischen Gefellenhaus.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr, Gottfried Schürs, Bischofsstraße.
 Gyr. 15. 5. 8½ Uhr, Gasthaus zum Auerhahn.
 Gyr. 1. 3. 19. 5. 8½ Uhr, Gasthof zum Auerhahn.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr im Stadthaus, Baderstraße.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, bei Herrn Weder, Jakobstraße 29.
 Gyr. 13. 5. 11 Uhr, bei Knapp, Mühlenstraße.
 Gyr. 19. 5. 8 Uhr, Restauration Mühl.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr bei Dietz, Elisabethplatz.

Glöbbed. 20. 5. 11 Uhr, Peter Norpott, Kirchplatz 1.
 Glöbbed. 19. 5. Lokal Gierath, Wilhelmstraße.
 Gyr. 15. 5. 8½ Uhr, zum weißen Hof.
 Glöbbed. 19. 5. 9 Uhr, Restaur. Schaefer, Kirchstraße.
 Gyr. 20. 5. 2 Uhr, bei Pogendorf, Lorenzstraße 27.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 3.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr bei Witte Stenberg, Bahnhofstraße.
 Gyr. 15. 5. 6 Uhr, Turnhalle Herrn Acker.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr bei Wirt Bremer, Hochstraße 72, gegen-über dem Landgericht.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, Gasthaus zum Bären.
 Gyr. 19. 5. 8 Uhr, Wirt Langhoff.
 Gyr. 20. 5. 8 Uhr, Gastwirt Bernhard Niemann.
 Gyr. 20. 5. 11½ Uhr, Kartellversammlung, Gasthof Hütte.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr bei Johann Wömer, Minervastrasse.
 Gyr. 20. 5. 11½ Uhr, im Lokale Weder, Karrenstraße.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, bei Sinius, am Markt.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, im Schießhof.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, Palastgarten, Herrenstraße 84.
 Gyr. 13. 5. 11½ Uhr bei Wipperfurth, Hauptstraße.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr, Lokal Herrn Jelen, Petrostraße.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, Wirt, Kaiser Wilhelmstraße.
 Gyr. (Schw.). 19. 5. 8½ Uhr, oberes Lokal.
 Gyr. 20. 5. 4 Uhr bei Herrn Schwende, Kaiserstraße 8.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr bei Wirt Schröder, Baderhaus.
 Gyr. 17. 5. 8½ Uhr, „König von Preußen“.
 Gyr. 20. 5. 5 Uhr, Hotel zur Post.
 Gyr. 20. 5. 4 Uhr, Gastwirtschaft Langlau.
 Gyr. (Rühr). 20. 5. 11 Uhr, im christl. Gewerkschaftshaus.
 Gyr. (Rühr). 13. 5. 11 Uhr, bei Siebert, Frankfurterstr.
 Gyr. 18. 5. morgens 10 Uhr, Gasthaus zum Kranich.
 Gyr. 20. 5. 8½ Uhr, Gefellenhaus, Kirchbergstr. 7.
 Gyr. 13. 5. 11½ Uhr bei Schilling, Hauptstraße.
 Gyr. (Boden). 20. 5. 2 Uhr, Gasthaus zum Hochstift.
 Gyr. (West). 20. 5. 2 Uhr, Altmanns Hotel.
 Gyr. 20. 5. 11 Uhr, Restaurant Stür, Johannisstraße.
 Gyr. 15. 5. 7 Uhr, Lokal Karl Bach, Wilhelmstr. 119.
 Gyr. 15. 5. 1/8 Uhr bei Jockelmann, Kronprinzstraße 118.
 Gyr. 19. 5. 9 Uhr bei Weihen, Rosenstraße 7.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, Wirt Rages, im Treppchen.
 Gyr. 20. 5. 11½ Uhr, bei Wirt Giden, Kaiserstraße.
 Gyr. 19. 5. 9 Uhr, Wirt, Post.
 Gyr. 19. 5. 8½ Uhr, im Gasthof zum Auerhahn, Gerberstraße 9 b.

Schwennigen. 19. 5. 8 Uhr, zum Bären.
 Spaltingen. 19. 5. 8 Uhr, Neue Post.
 Steele. 20. 5. 11 Uhr, bei Wirt. Naumann am Markt.
 Stranburg. 20. 5. 1 Uhr im Münchener Hof.
 Starnberg. 20. 5. 3 Uhr im Stallbacherhof.
 Solingen. 19. 5. 8½ Uhr, Witwe Gelmacher, Süßwall.
 Stollberg. 20. 5. 11 Uhr, in der Feherschen Halle.
 Steinheim. (West). 19. 5. 4½ Uhr, Gastwirt Schriegel.
 Tauberschlößchen. 12. 5. 1/7 Uhr, Gasthaus zum Hof.
 Tettlingen. 19. 5. 9 Uhr, „Zum grünen Baum“.
 Telt. 20. 5. 11½ Uhr bei G. Fuchtsenhaus, Steinstraße.
 Tiersen. 20. 5. 11 Uhr, Rest. Geytens, Vindenstr.
 Tettlingen. 19. 5. 8½ Uhr, Hotel zur Krone.
 Tettlingen. 19. 5. 8½ Uhr, bei Wirt. Gollhausen.
 Tettlingen. 19. 5. 8 Uhr, Herrn Bürgermeister Alois Bengel.
 Tettlingen. 19. 5. 8½ Uhr, bei Joseph Franke, Schulstraße 6.
 Tettlingen. 19. 5. 8½ Uhr, im Stern, Domstraße.
 Tettlingen. 19. 5. 8½ Uhr, Wirt Kimmelschlag, Rühr.
 Tettlingen. 19. 5. 9 Uhr, bei Gastwirt Fröhlich.
 Tettlingen. 20. 5. 4½ Uhr, Gastwirt Kaiser.
 Tettlingen. 15. 5. 8½ Uhr bei Janzen am Markt.
 Tettlingen. 13. 5. 11 Uhr, bei Herrn Joh. Röhlen, Kaiserstr.
 Tettlingen. 14. 5. 8½ Uhr zum Hofen.
 Tettlingen. 20. 5. 4 Uhr im Boppsterhof, Hemmerstraße 16.

Tüchtiger Holzschlauer

sucht Stellung.
 Offerten an die Centralstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes unter J. 100 erbeten.

3-4 tündige Tischler

für dauernde Arbeit sofort gesucht.
 G. Kusch, Dampfischlerei, Siegen (Westf.).

Adresse gesucht.

Der Kollege Friedrich Streng wird gebeten, seine Adresse Düsseldorf-Sekretariate anzugeben.

Verantwortl. Redakt. u. J. B. Carl Jansen, Köln.
 Druck von Heinrich Heising, Köln.